Stadt Rödermark
Anfrage vom 16.08.2026
Fraktion
öffentlich

Drucksache Nr.: DS/225/26
Einreicher/in: Frau Rüger, AnkeSPD-

Anfrage der SPD-Fraktion:

erneut - Anfrage Vorbereitung Klage Verletzung Konnexitätsprinzip

Antragstellung: Anke Rüger

Beratungsfolge:

Gremium	Datum	Ö/N
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark (Anhörung)	08.09.2026	Ö

Anfrage:

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Pflichtaufgaben hat der Magistrat ermittelt, bei denen durch den Bund oder das Land Hessen das Konnexitätsprinzip verletzt wird?
1.a (neu) Inwieweit und bei welchen freiwilligen Leistungen gehen die städtischen Standards über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus?

2. Welche Höhe der vorenthaltenen Finanzmittel wurden jeweils ermittelt?

3. In welchem Stadium befindet sich die Vorbereitung der Klage gegen den Bund und das Land Hessen?

4. Welche Gespräche wurden bisher mit ebenfalls betroffenen Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden geführt?

5. Zu welchem Ergebnis haben diese Gespräche geführt?

6. Falls bislang keine Erkenntnisse zu 1-5 vorliegen, möge der Magistrat die Gründe hierfür erläutern.

Sachverhalt:

Die vorliegende Anfrage wurde erstmals am 16.11.2025 gestellt. Die Antwort erstreckte sich lediglich auf die ersten zwei Fragen. Weiterhin wurde nicht klargelegt, inwiefern die ermittelten Fehlbeträge gerichtsverwertbar seien.

Wir stellen daher unsere Anfrage erneut und erwarten eine umfassende Antwort aller aufgeführten Fragen.
Weiterhin wurde eine Frage hinzugefügt, die sich aus dem Beratungsgespräch beim hessischen Finanzhof ergibt.

Wir erwarten, dass die Antworten in der Stavo am 08.09.2026 vorliegen und verlesen werden können bzw den Fraktionen in der Sitzung schriftlich zur Verfügung gestellt werden können.

Anlage/n:
Keine